

20.10.2016

Kleine Anfrage 5270

des Abgeordneten Marc Lürbke FDP

Die „Reichsbürger“ in Nordrhein-Westfalen – Welche Handlungsnotwendigkeiten sieht die Landesregierung?

Seit den tödlichen Schüssen auf einen Polizeibeamten in Bayern werden die sogenannten „Reichsbürger“ in der Öffentlichkeit stärker thematisiert. Es handelt sich dabei um einzelne Gruppierungen mit unterschiedlichen Ideologien. *„Ihr Gedankengebäude besteht aus rechts-extremistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologie, Verschwörungstheorien oder esoterischen Weltbildern.“* (vgl. Spiegel online vom 19.10.2016 „Wer sind die „Reichsbürger“ – und was wollen sie?“). Die Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Gruppen ist, dass sie die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht anerkennen. *„Denn, so behaupten sie, das Deutsche Reich bestehe bis heute fort, sei aber von den Alliierten besetzt und werde von ihnen ausgebeutet.“* (vgl. Spiegel online vom 19.10.2016). Das hat zur Folge, dass die Reichsbürger staatliche Verwaltungsakte, wie die Forderung von Steuern zum Beispiel, nicht anerkennen.

„Der mutmaßliche Täter ist Jäger. Er besitzt 31 Lang- und Kurzwaffen. Von den Behörden wurde er als nicht mehr zuverlässig eingestuft. Deshalb sollten ihm seine Waffen entzogen werden. Zuvor hatten die Behörden seinen Jagdschein und seine Waffenbesitzkarte als ungültig erklärt.“ (vgl. Stern online vom 20.10.2016 „Von «Reichsbürger» angeschossener Polizist gestorben“). Der Bayerische Innenminister hat nach den tödlichen Schüssen auf den Polizisten in Bayern angekündigt, die „Reichsbürger“ noch stärker zu überwachen. *„Unser Ziel ist es, allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, die Waffenerlaubnis zu entziehen. Wer unsere Rechtsordnung ablehnt, bietet keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen.“* (vgl. Westfalen-Blatt vom 20.10.2016).

Auch in Nordrhein-Westfalen soll es unterschiedlichen Berichten zufolge eine „Reichsbürgerszene“ geben. So berichtet das Westfalen Blatt in seiner Ausgabe vom 20. Oktober 2016 im Artikel „Staatsgegner mit Hang zu Waffen“, dass der Verfassungsschutz in NRW schätzt, dass die Szene hier weniger als 1.000 Menschen umfasst, die jedoch nicht unbemerkt bleiben. *„In Porta Westfalica wurde das „Königreich Preußen“ ausgerufen, in Löhne sammelten sich „Reichsbürger“ unter dem Namen „Justiz-Opfer-Hilfe“. Diese Organisation gründete 2009 die „Volksstämme der Germanen und der Germaniten“. Sie stellte ihren Mitgliedern Fanta-sieausweise aus und eröffnete in Löhne die „Botschaft Germaniten“.“* (vgl. Westfalen-Blatt vom

Datum des Originals: 20.10.2016/Ausgegeben: 21.10.2016

20.10.2016). Auch in Köln ereignete sich kürzlich ein Fall, den der Kölner Stadt-Anzeiger in einem Bericht darstellte: *„So wurde etwa vor einem Monat bei Köln ein Autofahrer von der Polizei gestoppt, weil er mit dem Kennzeichen eines "Freistaats Preußen" herumfuhr.“* (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 20.10.16 „Wie „Reichsbürger“ Gesetze missachten“).

Gegenwärtig gibt es zahlreiche Verfahren gegen die sogenannten „Reichsbürger“. *„Wie das Verwaltungsgericht in Minden wird auch die Paderborner Behörde mit Eingaben und Beschwerden von „Reichsbürgern“ überschüttet. Meyer: „In unserer Abteilung für politische Straftaten verwendet einer der Staatsanwälte 20 Prozent seiner Arbeitszeit nur auf Reichsbürger.“* (vgl. Westfalen-Blatt vom 20.10.2016).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die „Reichsbürger“ in Nordrhein-Westfalen?
2. Wie viele Verfahren gibt es aktuell gegen „Reichsbürger“ in Nordrhein-Westfalen?
3. Wie viele der bekannten „Reichsbürger“ in Nordrhein-Westfalen besitzen legal Waffen?
4. Welche Handlungsnotwendigkeiten sieht die Landesregierung bei Personen, die offenkundig "unsere Rechtsordnung ablehnen", die Waffenerlaubnis zu entziehen?
5. Wie wird Nordrhein-Westfalen künftig gegen „Reichsbürger“ vorgehen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bayrische Innenminister umfangreiche Maßnahmen gegen diese Gruppierungen angekündigt hat?

Marc Lübke